
Demokratie vs. Einheit

Rezension von: Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen. Erster Band: Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, Verlag C.H. Beck, München 2000, 652 Seiten, DM 78,-.

Winklers ‚Der lange Weg nach Westen‘ bildet die dritte große Interpretation der jüngeren deutschen Geschichte, die in den letzten zwei Jahrzehnten dieses Jahrhunderts vorgenommen bzw. begonnen worden ist. Thomas Nipperdeys dreibändige ‚Deutsche Geschichte‘ (1983-1992), eine alle Lebensbereiche erfassende Darstellung, beschränkt sich auf den Zeitraum 1800-1918. Der erste Band von Hans-Ulrich Wehlers streng sozialhistorisch konzipierter ‚Deutscher Gesellschaftsgeschichte‘ erschien im Jahre 1987, der dritte und vorletzte Band im Jahre 1995.¹ Wehler befaßt sich darin mit der Periode 1700-1949. Das vorliegende Werk Winklers, Professor für Neueste Geschichte an der Humboldt-Universität in Berlin, davor an der Freien Universität und in Freiburg, läßt sich wohl am besten als politisch orientierte „Problemgeschichte“ (S. 1) kennzeichnen. Sie umfaßt das ‚lange 19. Jahrhundert‘ 1789-1914 und das ‚kurze 20. Jahrhundert‘ 1914-1990.

Leitfragen

Im Mittelpunkt von Winklers Darstellung steht das Verhältnis von Demokratie und Nation. Die Leitfragen sind dabei folgende: Wieso wurde Deutschland erst 1871 ein Nationalstaat und noch viel später, nämlich 1918/19, eine Demokratie? Welche Folgen hatte diese doppelte Verspätung gegenüber England und Frankreich? Wie kam es, daß die Wei-

marer Republik zwar formal eine Demokratie war, ein demokratischer Grundkonsens aller wichtigen gesellschaftlichen Gruppen und Interessenvertretungen aber fehlte und ein Großteil der sozialen Eliten antidemokratisch eingestellt war? Und letztlich: „Warum es zur Herrschaft Hitlers kam, ist immer noch die wichtigste Frage der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, wenn nicht der deutschen Geschichte überhaupt.“ (S. 2) Das besondere Augenmerk gilt dabei den Geschichtsdeutungen, welche die Menschen bewegten und die in die politischen Entscheidungen einfließen.

Man könnte all diese Fragen zu einer einzigen, sehr vielschichtigen zusammenfassen: Gab es einen deutschen ‚Sonderweg‘ in die Moderne? Der Autor verspricht eine Antwort allerdings erst für das Ende des zweiten Bandes, der im Herbst 2000 erscheinen soll.

Nationsbildung in Westeuropa

Was die deutsche Geschichte von jener der großen westeuropäischen Nationen Frankreich und England vor allem unterscheidet, hat seinen Ursprung im Hochmittelalter. Entscheidende Bedeutung kam der Niederlage des englischen Ritterheeres gegen seinen französischen Widerpart bei Bouvines im Jahre 1214 zu. In Frankreich stärkte dieser Sieg die Position des Königs und leitete einen Prozeß der nationalen Zentralisation ein, welcher zu Lasten des Einflusses der bislang mächtigen Thronvasallen erfolgte. In England hingegen mußte der geschwächte König in der Magna Charta von 1215 Adligen und Bürgern weitgehende Rechte und Freiheiten zugestehen, womit die Grundlage für die Entwicklung zum Verfassungsstaat gelegt war.

Während sich somit in Frankreich und England im Hochmittelalter Nationalstaaten herauszubilden begannen, entwickelte sich in Deutschland der moder-

ne Staat auf einer niedrigeren Ebene, nämlich jener der fürstlichen Territorien. Aus der Krise des Reiches, welche durch den Investiturstreit ausgelöst worden war, gingen die Fürsten als die eigentlichen Sieger hervor.

Entsprechend den obigen Tendenzen erhielt der Begriff ‚Nation‘ unterschiedliche Bedeutung: In England und Frankreich ging die Nationsbildung von der jeweiligen Monarchie aus, was dem Begriff einen Bezug auf den Staat gab. In Deutschland war letzteres nicht möglich. Mit der Bezeichnung ‚Römisches Reich deutscher Nation‘, die erstmals 1486 in einem Reichsgesetz zur Verwendung gelangte, waren die ‚deutschen Lande‘ als Teil des Reiches gemeint. Für den deutschen Begriff von Nation wurde mangels einer entsprechenden staatlichen Einheit die Sprache zum bestimmenden Gesichtspunkt.

Nationalismus als politischer Glaube

Von ‚modernem Nationalismus‘ kann erst seit der Französischen Revolution gesprochen werden. Das Nationalbewußtsein der Franzosen der Jahre nach 1789 war zum einen rein säkular, zum anderen war es sowohl Ausdruck wie Instrument einer Mobilisierung der Massen. Der Nationalismus wurde selbst zu einer neuen Religion: „Der Loyalität gegenüber der Nation sollte ein höherer Rang zukommen als jeder anderen Bindung, und tatsächlich wurde die Nation für den nachrevolutionären Menschen nach 1789, was zuvor die Kirche gewesen war: verbindliche Sinngewissung und Rechtfertigungsinstanz.“ (S. 46f) Der neue Nationalismus der Franzosen war zudem demokratisch und republikanisch, berief sich auf universale Menschheitsideen wie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Der moderne deutsche Nationalismus entstand in Reaktion auf die Französische Revolution und die Eroberungskriege Napoleons, war anti-französisch. Die

deutschen Nationalisten des frühen 19. Jahrhunderts befürworteten innen- wie außenpolitisch radikale Veränderungen; im damaligen politischen Spektrum standen sie also links, waren Liberale oder Demokraten. Zwischen Einheit und Freiheit bestand für sie nicht nur kein Gegensatz; die Forderungen nach der Einigung Deutschlands und verbrieften Volksrechten, nach der Beseitigung der Vorrechte des Adels bildeten aus ihrer Sicht vielmehr die zwei Seiten einer Medaille. Daher war der frühe deutsche Nationalismus auch ein Ausdruck bürgerlichen Emanzipationsstrebens.

Im Gegensatz zum französischen Nationalismus konnte sich der deutsche nicht an einer bestimmten politischen Ordnung ausrichten. Er berief sich statt dessen auf vermeintlich objektive Faktoren wie Volk, Sprache und Kultur. Der deutsche Nationsbegriff war mithin auf sich selbst bezogen und in hohem Grade deterministisch. Der Menschheit hatten die frühen deutschen Nationalisten „keine universalen Werte wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit anzubieten, sondern nur das Ansinnen, die Überlegenheit des deutschen Geistes anzuerkennen und sich von Deutschland erlösen zu lassen.“ (S. 67) Minderwertigkeitsgefühle, die aus der territorialen Zersplitterung der Nation resultierten, und ein ausgeprägtes Sendungsbewußtsein gingen Hand in Hand.

Auch nach 1806 lebte die gemeinsame Erinnerung an das Heilige Römische Reich deutscher Nation fort. Viele der Nationalisten hielten an der Reichsidee fest und glaubten an seine Wiederherstellung, beschworen alte deutsche Größe und Kaiserherrlichkeit.

Mit der Etablierung des Systems der Restauration in Deutschland in den Jahren nach 1815 wurde die Kluft zum ‚Westen‘ größer als je zuvor: Die Rückständigkeit war nun sowohl gegenüber England als auch gegenüber Frankreich eine doppelte: im Hinblick auf die Einheit und auf die Freiheit.

War der deutsche Nationalismus bis zur Niederwerfung Napoleons vor allem eine Sache gebildeter Kreise gewesen, so begann er zwischen dem Wiener Kongreß und den berüchtigten Karlsbader Beschlüssen (1819) auf weitere gesellschaftliche Kreise, vor allem auf Handwerker – Meister ebenso wie Gesellen – überzugreifen und sich öffentlich zu organisieren. Der nationale Gedanke hatte zwar noch nicht die Massen hinter sich, aber er zeigte sich in der Folge bereits stark genug, der Unterdrückung durch die neo-absolutistischen Regimes zu trotzen.

1848: ‚Freiheit und Einheit‘

Die sog. ‚Rheinkrise‘ des Jahres 1840, welche Frankreich einerseits und die übrigen vier europäischen Großmächte andererseits an den Rand eines Krieges brachte, bedeutete für das deutsche Nationalgefühl eine tiefe Zäsur. Erstmals ergriff der gesamtdeutsche Nationalismus die breiten Massen, die Franzosenfeindschaft der Befreiungskriege lebte wieder auf.

Die äußere Bedrohung belehrte den gemäßigten Liberalismus, daß die deutsche Frage vorrangig eine Machtfrage war, die sich nur im Zusammenwirken mit der Großmacht Preußen lösen lassen würde. Doch nicht nur national-, macht- und militärpolitische Überlegungen sprachen aus der Sicht des liberalen Bürgertums für eine rasche Überwindung der Vielstaaterei, auch wirtschaftliche Gründe waren hierfür maßgebend. Angesichts des dichter werdenden Eisenbahnnetzes und der Entwicklung der Dampfschiffahrt erschien die staatliche Zersplitterung als Anachronismus. Ein deutscher Nationalstaat würde die Belange der deutschen Wirtschaft viel besser unterstützen können als jeder Partikularstaat. Doch Preußen, ohne dessen aktive Mitwirkung die nationale Einigung nicht erreicht werden konnte, war kein Verfassungsstaat! Die Konstitutionalisie-

rung und die Parlamentarisierung des industriell am weitesten entwickelten deutschen Staates erlangten daher für die Liberalen Priorität.

Politische Freiheit und nationale Einheit bildeten den Kern des liberalen Programms in der Vormärzzeit und ihre zentralen Forderungen im März 1848. Freilich waren die gemäßigten Liberalen nicht über Nacht zu Revolutionären geworden; sie standen vorübergehend an der Spitze einer breiten Protestbewegung, deren verschiedene Flügel ganz unterschiedliche Ziele verfolgten. Es waren stets nur Minderheiten, die den vollständigen Bruch mit der Vergangenheit anstrebten. Die „Dialektik der deutschen Revolution von 1848/49“ (S. 127) bestand darin, daß der gemäßigte Liberalismus, der die Revolution nie gewollt hatte, in dem Maß nach rechts rückte, wie die Linke sich radikalisierte. Und zur Radikalisierung der Linken trug nichts so sehr bei wie der Argwohn, die Gemäßigten seien bereit, sich den alten Gewalten bedingungslos zu unterwerfen.

In den Diskussionen der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt am Main traten die Konzepte und Ziele der Nationalisten deutlich zutage. Die typischen ‚Kleindeutschen‘ waren evangelisch, sie gehörten zu den gemäßigten Liberalen oder moderaten Konservativen, entstammten dem gebildeten oder besitzenden Bürgertum nördlich des Mains. Die Anhänger einer ‚großdeutschen‘ Lösung, einer Nationalstaatsgründung unter Einschluß Österreichs, waren eine heterogenere Gruppe. Die Mehrheit der Katholiken und jene der Demokraten gehörten der letzteren an. Die territorialen Vorstellungen der ‚Großdeutschen‘ nahmen auf das Selbstbestimmungsrecht von Tschechen, Slowenen etc. keine Rücksicht. Jenes Deutschland, das der Verfassungsausschuß definierte, schloß Böhmen und Mähren ebenso ein wie Triest, Trient und Nordschleswig. Bereits der im Zeichen des Liberalismus stehende deutsche Nationalismus der vierziger

Jahre trug somit durchaus aggressive Züge. Ein machtvolleres, Mitteleuropa, ja den Kontinent dominierendes Deutschland, diese Vorstellung fand im Bürgertum zunehmend Anklang.

Gemessen an ihrem Doppelziel, Freiheit und Einheit Deutschlands, scheiterte die Revolution von 1848/49. Angesichts der vielfältigen Widerstände, insbesondere von Seiten der beiden deutschen Großstaaten Preußen und Österreich, erwies es sich als unmöglich, beides zur gleichen Zeit zu verwirklichen. Weder wurde Deutschland ein freiheitlicher Nationalstaat, noch konnte sich der Liberalismus in den Einzelstaaten behaupten. Aber immerhin war Preußen seit Dezember 1848 ein Verfassungsstaat – unzweifelhaft ein wichtiger Erfolg des Liberalismus. Die oktroyierte Verfassung verringerte den politischen Abstand zwischen dem Hohenzollernstaat und den süddeutschen Staaten.

Daß Liberale und Demokraten Einheit und Freiheit 1848/49 nicht aus eigener Kraft zu verwirklichen vermochten, hatte langfristig allerdings verhängnisvolle Folgen: Das politische Bewußtsein der Deutschen, so Winkler, „blieb obrigkeitlich verformt“. (S. 130)

Einheit vor Freiheit

Der Sieg von Königgrätz sicherte Preußen die Hegemonie in Deutschland und schloß eine ‚großdeutsche‘ Lösung der deutschen Frage endgültig aus. Gleichzeitig kam das ‚kleindeutsche‘ Konzept seiner Verwirklichung einen erheblichen Schritt näher. Die Mehrheit der Nationalbewegung erkannte die Notwendigkeit eines Arrangements mit Preußen.

Im Zuge des preußischen Verfassungskonflikts spalteten sich die dortigen Liberalen zweimal. 1866 stimmte der rechte Flügel der liberalen Deutschen Fortschrittspartei der Indemnitätsvorlage und dem Militäretat zu und formierte sich als Nationalliberale Partei. Nach dem

mehrfachen Verfassungsbruch durch Bismarck hatten diese Abgeordneten keine Hoffnung mehr, daß ihnen der Minister in Verfassungsfragen entgegenkommen würde. Gleichzeitig waren die Nationalliberalen überzeugt, daß sich die nationale Einigung zugunsten liberaler Reformen auswirken müßte. Mit anderen Worten: Der rechte, politisch dominante Flügel des deutschen Liberalismus vertagte das Ziel der faktischen Parlamentarisierung bis nach der Realisierung der Einheit.

Die Verfassung des 1867 geschaffenen Norddeutschen Bundes war ein Kompromiß zwischen Konservativen und Nationalliberalen: Sie etablierte zwar einen konstitutionellen Bundesstaat und garantierte das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht für Bürger männlichen Geschlechts, bedeutete aber nicht die Einführung eines parlamentarischen Systems und nicht einmal eine rechtlich einklagbare Form der Regierungsverantwortlichkeit.

Da nach der Reichsgründung des Jahres 1871 die Verfassung des Norddeutschen Bundes im wesentlichen übernommen wurde, blieb der dieser innewohnende Gegensatz zwischen demokratischem Wahlrecht und obrigkeitlichem Regierungssystem weiter erhalten.

Die Wandlung des Nationalismus

Bereits in der Reichsgründungsphase begann sich der deutsche Nationalismus entscheidend zu wandeln. Bis dahin waren national und liberal, Einheit und Freiheit aufs engste verbunden gewesen, denn die Nationalbewegung hatte sich gegen das dynastische Prinzip, verkörpert durch die Partikularstaaten, und für das bürgerliche Prinzip des konstitutionellen und parlamentarischen Nationalstaats eingesetzt. „Doch nachdem Preußen, der größte Partikularstaat, sich unter der begeisterten Zustimmung der Nationalliberalen an die Spitze der nationalen Bewegung und zugleich an

die Spitze der deutschen Staaten gestellt und Deutschland geeinigt hatte, gab es eine konservative Konkurrenz zum liberalen Alleinvertretungsanspruch in Sachen Nation." (S. 217) Die Auseinandersetzung um die richtige Deutung dessen, was fortan als ‚national‘ gelten durfte, begann.

Der rechte Flügel des deutschen Liberalismus, die Nationalliberalen, verbündete sich ein Jahrzehnt (1867-77) mit Bismarcks ‚Revolution von oben‘. Zwar vermochten die Nationalliberalen in dieser Phase als Quasi-Regierungspartei im Reichstag eindrucksvolle rechtsstaatliche und wirtschaftsliberale Reformen durchzusetzen, aber an der zentralen Aufgabe der Parlamentarisierung des Reiches scheiterten sie am Widerstand des Kanzlers und der alten preußischen Herrschaftseliten aus Adel, Bürokratie und Militär. Es gelang dem Liberalismus nicht, zur richtungsbestimmenden politischen Kraft im Kaiserreich zu werden, auf die Reichsgründung folgte nicht die beabsichtigte Liberalisierung im Inneren. Im Gegenteil, unter der Kanzlerschaft Bismarcks wurden Antiliberalismus, Antiparlamentarismus, Demokratiefeindschaft und Militarismus prägend.

Die politischen Mißerfolge der späten sechziger und frühen siebziger Jahre veranlaßten den rechten Flügel der Konservativen zu einer ideologischen Neupositionierung: Die im Jahre 1876 gegründete ‚Deutschkonservative Partei‘ wurde von den Großagrariern Ostelbiens dominiert, begann aber auch jene Teile des städtischen Mittelstandes, welche sich von Gewerbefreiheit und Freizügigkeit bedroht fühlten, Handwerker und kleine Kaufleute, zu umwerben. Sie trat daher für Agrarsubventionen, Schutzzölle und Steuerprivilegien ein. Darüber hinaus beanspruchten die Deutschkonservativen auch, die wahren Vertreter des nationalen Gedankens zu sein. Zum ‚nationalen‘ Bekenntnis, wie sie es verstanden, gehörte die Erhaltung der bestehenden Verhältnisse und die Kampfansage ge-

gen all jene, denen sie absprachen, in diesem Sinne ‚national‘ zu sein – gegen Sozialdemokraten, Katholiken und auch Liberale.

Die nach 1873 wesentlich geänderten wirtschaftlichen und politischen Konstellationen veranlaßten Bismarck 1878/79 zur innenpolitischen Wende. Von da an suchte er parlamentarische Unterstützung bei Deutschkonservativen, Freikonservativen und Zentrum.

Die Nationalliberalen waren durch die wirtschaftliche Depression stark geschwächt und hatten überdies durch ihre Zustimmung zur Bekämpfung des politischen Katholizismus und der Sozialdemokraten mit illiberalen Mitteln einen Großteil ihrer verfassungspolitischen Glaubwürdigkeit verloren. Gegen Bismarcks Wende nach rechts wirksamen Widerstand zu leisten, waren sie nicht mehr imstande.

Aus ihren Wahlniederlagen und der Wende des Kanzlers zogen die Nationalliberalen die Konsequenzen durch einen programmatischen Richtungswechsel zu Lasten ihrer ursprünglichen liberalen Prinzipien. Mit dem Heidelberger Programm von 1884 wurden sie zu einer an der Verteidigung besitzbürgerlicher Interessen orientierten, nationalistischen und imperialistischen Partei. Diese „Entliberalisierung“ (S. 246) des rechten Flügels des Liberalismus machte ihn für die Regierung wieder zu einem akzeptablen Partner: 1886 fanden die Nationalliberalen Aufnahme in das ‚Kartell‘ der die Regierungspolitik unterstützenden Parteien.

Die innenpolitische Zäsur von 1878/79 beschleunigte somit den Wandel des deutschen Nationalismus, machte „aus einer ursprünglich liberalen bis linken Parole einen Schlachtruf der politischen Rechten“. (S. 244) Vor 1871 war, wer sich ‚national‘ nannte, ‚antifeudal‘, sei es im liberalen oder im demokratischen Sinn, gewesen, war für die Emanzipation des Bürgertums oder der Arbeiter eingetreten. Den neuen, rechten Deutschna-

tionalismus zeichneten die Loyalität zur Fürstenherrschaft, welche die Volkssouveränität negierte, Imperialismus, Sozialdarwinismus, Aggressivität gegenüber den inneren ‚Reichsfeinden‘, Antisemitismus und Militarismus aus. Antisemitismus war schon im Kaiserreich in konservativen bürgerlichen Kreisen gesellschaftsfähig.

Der Wandel vom liberalen und linken zum konservativen und rechten Nationalismus beschränkte sich freilich nicht auf Deutschland. Was diese Richtungsänderung von vergleichbaren Entwicklungen in westeuropäischen Ländern abhob, waren die feudale Nutznießerschaft, die Rolle des Nationalismus als Mittel zur Befestigung des Einflusses einer aristokratischen Führungsschicht, und die Schwäche der liberalen Gegengewichte.

‚Weltpolitik‘

Um die Jahrhundertwende stand im bürgerlichen Deutschland eine deutliche Mehrheit hinter allem, was als ‚vaterländisch‘, ‚national‘ und der deutschen ‚Weltpolitik‘ förderlich galt. Von seinen eigenen liberalen Traditionen distanzierte sich der Großteil des Bürgertums mehr und mehr. Gleichzeitig schritten die „Monarchisierung“ und die „Militarisierung“ (S. 279) des bürgerlichen politischen Bewußtseins voran. Kaiser und Heer wurden zu den wichtigsten nationalen Symbolen.

In der Folge radikalisierte sich der rechte Nationalismus zunehmend. Träger dieser Radikalisierung waren einflußreiche Organisationen wie der Alldeutsche Verband, der Ostmarkenverein, verschiedene Veteranenverbände, der Flottenverein, der Kolonialverein und der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Mit jeweils etwas unterschiedlicher Schwerpunktsetzung forderten diese Vereine eine offensive Außenpolitik mit dem Ziel eines deutsch beherrschten Mitteleuropa und der ‚Weltmacht-

stellung‘ des Reiches, basierend auf einer stark ausgebauten Flotte, im Inneren die Bekämpfung all jener Kräfte, die sich der ‚nationalen Entwicklung‘ entgegenstellten, und die konsequente Germanisierung der Ostgebiete des Reiches. Die radikal nationalistischen Organisationen und ihre Ideologie übten starken Einfluß auf die Meinungsbildung im nationalliberalen bis konservativen Bürgertum aus. Ihre Zielsetzungen fanden in den Vorkriegsjahren sogar Eingang in die Programme der ‚gemäßigten‘ bürgerlichen Parteien.

Hinter der Forderung nach einem Flottenausbau standen Interessenten aus Schwerindustrie, Werften, Fernhandel und Exportbranchen sowie neben den nationalistischen Verbänden die Freikonservativen und Nationalliberalen. Die ostelbischen Rittergutsbesitzer und die Deutschkonservativen standen der Flottenpolitik zunächst ablehnend gegenüber. Die Auseinandersetzung endete mit einem Kompromiß zu Lasten der Kleinverdiener: Die Konservativen ließen sich die Zustimmung zum Flottengesetz durch eine Getreidezollerhöhung (1906) bezahlen. Das Ergebnis war die Verbindung von ‚Rittergut und Hochofen‘, ein Bündnis gegen Demokratie und Liberalismus. Auf dem Umweg über die Zollpolitik trug die deutsche ‚Weltpolitik‘ solcherart zur Befestigung der politischen Machtstellung des preußischen Junkertums bei.

Der Adel nahm weiterhin die Schlüsselstellungen in der Reichsleitung, in den Staatsregierungen, in der Bürokratie und im Heer ein. Diese erzkonservative Machtelite verstand es, die Parlamentarisierung bis 1918 zu verhindern, das anachronistische Dreiklassenwahlrecht in Preußen zu verteidigen, die Hegemonie Preußens im Reich zu erhalten und somit den Herrschaftsanspruch des Bürgertums abzuwehren.

Seit der *Entente cordiale* zwischen Frankreich und Großbritannien von 1904 verstärkte sich im deutschen Bürgertum

die von den ultranationalistischen Verbänden geschürte Stimmung, im internationalen Wettlauf um Macht und Märkte zu kurz zu kommen. Nach den Vorstellungen der politischen Rechten sollte Deutschland von der Großmacht, die es längst war, zur führenden Weltmacht aufsteigen. Immer öfter bezeichneten die Propagandisten der nationalistischen Organisationen den Krieg als notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Ein Krieg wurde von diesen Kreisen zudem als Möglichkeit gesehen, mit den Sozialdemokraten, deren Stimmenzahl bei den Wahlen stark anstieg, fertig zu werden. Ab 1911 forderten nationalistische Politiker, Publizisten und Propagandisten einen Weltkrieg als Ausweg aus der äußeren und inneren Krise.

In bezug auf die Kriegsschuldfrage hält Winkler fest, daß keine Großmacht "während der Julikrise so konsequent auf eine Eskalation des Konflikts gesetzt" habe wie Deutschland. (S. 332) Der militärischen Führung, dem letztendlich ausschlaggebenden Faktor in Deutschland, sei es nicht nur um die Sicherung des Erreichten, sondern um die Vorherrschaft in Europa gegangen. Der Autor faßt zusammen: "Von einer Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg läßt sich nicht sprechen, wohl aber von einer Hauptschuld. Ohne deutsche Rückendeckung hätte Österreich-Ungarn Serbien nicht den Krieg erklären können." (ebendort)

Absage an die Werte des Westens

Der extreme deutsche Kriegsnationalismus fand seinen bekanntesten Ausdruck im berühmten 'Aufruf an die Kulturen' vom Oktober 1914. Die darin propagierten Ideen von 1914 "waren eine Absage an Liberalismus und Individualismus, an Demokratie und allgemeine Menschenrechte, kurz an die Werte des Westens. Deutsche Werte waren dagegen Pflicht, Ordnung und Gerechtigkeit, die nur durch einen starken Staat

gewährleistet werden konnten." Zu diesen Ideen gehörte auch die 'Volksgemeinschaft', welche die Klassenspaltung und mit ihr den marxistischen Internationalismus hinter sich gelassen hatte.

Die von den Nationalisten lange gehegte Vorstellung deutscher Hegemonie über Europa fand auch in den offiziellen Kriegszielen Niederschlag. Im sog. Septemberprogramm Bethmann Hollwegs (das lange geheimgehalten wurde, um die These vom Verteidigungskrieg nicht zu untergraben), dem kleinsten gemeinsamen Nenner der Kriegszielbewegung, enthalten waren die Annexion des nordlothringischen Erzbeckens, von Lüttich und Verviers, die Verwandlung Luxemburgs in einen deutschen Bundesstaat, die Degradierung Restbelgiens zu einem Vasallenstaat, die deutsche Vorherrschaft über Ostmitteleuropa und ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverbund unter deutscher Führung. Sehr viel weiter gingen die Forderungen von Teilen der Schwerindustrie, der Alldeutschen und anderer extremer Nationalisten.

Wie stark selbst die Gedankenwelt linksliberaler Intellektueller von den nationalistischen Vorstellungen durchdrungen war, wird an Friedrich Naumanns 1915 erschienenem Buch 'Mitteleuropa' deutlich. Darin plädierte der Autor für ein "im Kern deutsches" Mitteleuropa, das sich um das staatenbündartig verbundene deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet herum organisieren sollte. Rasch wurde dieses Werk zu einer Bibel der 'maßvollen' Variante der deutschen Weltkriegsimperialisten und wirkte weit über das Kriegsende hinaus.

Die Parlamentarisierung des Kaiserreichs erfolgte erst kurz vor seinem Ende. Am 29.9.1918 gestand die Oberste Heeresleitung (Hindenburg, Ludendorff) dem Kaiser die militärische Niederlage Deutschlands. Die Verantwortung für das Friedensangebot aber sollte eine neue, von den Mehrheitsparteien des Reichtags (MSPD, Zentrum, Fort-

schrittliberale) getragene Regierung übernehmen! Gleichzeitig machte Lüdendorff die Mehrheit des Reichstags für die Niederlage verantwortlich: die Geburt der Dolchstoßlegende. Am 3.10. akzeptierten die Mehrheitsparteien den ernannten Kanzler Max von Baden. Sie hofften durch eine vorbeugende ‚Revolution von oben‘ eine unkontrollierbare ‚Revolution von unten‘ abzuwenden. Vergeblich – die Revolution von unten brach aus, weil die Obstruktion der Seekriegsleitung die Revolution von oben scheitern ließ. Am 9.11. proklamierte Scheidemann die Deutsche Republik.

Demokratie mit antidemokratischen Eliten

Hätten, so fragt sich Winker, die Mehrheitssozialdemokraten (MSPD) in der Übergangszeit zwischen dem Sturz der Monarchie und der Wahl der Nationalversammlung eine mutigere, die erstrebte parlamentarische Demokratie auf eine festere Grundlage stellende Politik betreiben können? „Sicher ist, daß die Volksbeauftragten um eine gewisse Zusammenarbeit mit den alten Eliten nicht herumkamen. Sie mußten schon um der zügigen Demobilisierung willen mit der Obersten Heeresleitung kooperieren; sie waren genötigt, das Gros des alten Beamtenapparates zu übernehmen, wenn sie keinen Zusammenbruch der Verwaltung verursachen wollten; sie waren auf die Mitwirkung der Unternehmer angewiesen, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Doch das Ausmaß der Zusammenarbeit und der Verzicht auf Veränderungen gingen zu weit.“ (S. 382)

Junker, Militärs und Beamte, die traditionellen wilhelminischen Eliten, behielten auch nach 1918 ihre Machtpositionen und standen überwiegend der Republik und der parlamentarischen Demokratie ablehnend oder feindlich gegenüber:

* Es gab so gut wie keine Ansätze zum Aufbau einer regierungsloyalen Reichs-

wehr. In der Folge entwickelte sich die Reichswehr unter Seeckt mehr und mehr zu einem Staat im Staate.

* Auch im Bereich der zivilen Verwaltung blieb fast alles beim alten. Selbst antidemokratische Beamte, die aus ihrem Widerwillen gegen die Republik keinen Hehl machten, blieben im Amt. Das durchaus vorhandene liberale Reservoir juristischen Sachverständs wurde nicht ausgeschöpft. Daß eine Besetzung führender Verwaltungsposten mit Demokraten tatsächlich möglich war, zeigten in Preußen, das sich zu einem Bollwerk der Republik entwickelte, Otto Braun und Carl Severing.

* Die soziale Macht der ostelbischen Rittergutsbesitzer blieb unangetastet.

Die Handlungsmöglichkeiten der Volksbeauftragten waren letztlich dadurch eingeschränkt, daß sich nicht ganze Gesellschaftsklassen austauschen lassen. Ein derartiger Versuch hätte den Bürgerkrieg bedeutet, den zu verhindern die MSPD angetreten war!

Als die Inhalte des Versailler Vertrags vom Juni 1919 bekannt wurden, verabsäumte es die Regierung Scheidemann, die deutsche Öffentlichkeit anhand der Akten des Auswärtigen Amtes über die unmittelbare Vorgeschichte des Kriegsausbruchs aufzuklären. Nicht zuletzt diesem Umstand ist es zu verdanken, daß grundlegende Tatsachen (deutsche Kriegsschuld und -ziele) ignorierende Interpretationen des Versailler Vertrags dominierten. Kriegsunschuldlegende und Dolchstoßlegende, von rechten Medien und Politikern gezielt verbreitet, belasteten von Anfang an schwer die neue Republik und verhinderten einen moralischen Bruch mit dem wilhelminischen Deutschland. Diejenigen, welche am lautesten und aggressivsten auf die Revision von Versailles drängten, waren genau jene ultranationalistischen Kreise, welche während des Krieges die radikalsten Annexionspläne entworfen hatten.

Der Obrigkeitsstaat wurde durch die im August 1919 in Kraft getretene Wei-

marer Reichsverfassung nicht überwunden: Die Position des Reichspräsidenten als Ersatzgesetzgeber via Notverordnung in *nicht* genau bestimmten Ausnahmesituationen schränkte das Prinzip der parlamentarischen und repräsentativen Demokratie ein.

Die Hyperinflation 1922/23 erschütterte die Glaubwürdigkeit der Republik. Erhebliche Teile der Mittelschichten wurden ruiniert oder finanziell nachhaltig geschwächt. Die Ressentiments dieser Kreise, die ohnehin für nationalistische und antidemokratische Propaganda anfällig waren, richtete sich gegen die Republik und ihre Repräsentanten. "Die Monarchie, die die Inflation 1914 ausgelöst hatte, erschien hingegen fünf Jahre nach Kriegsende vielen Deutschen schon wieder in einem verklärten Licht." (S. 449)

Der Fortbestand der Demokratie hing von einer Verständigung zwischen moderater Arbeiterschaft und gemäßigtem Bürgertum ab. Die Mehrheit der die Republik bejahenden Parteien der ‚Weimarer Koalition‘ (SPD, linksliberale Deutsche Demokratische Partei – DDP, Zentrum), die im Jänner 1919 noch eindrucksvoll gewesen war, bröckelte jedoch bald ab. Zu einer wirklichen Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie kam es nicht, bloß zu einem vorübergehenden Abebben der Krisen. Hatten die Weimarer Koalitionen 1919/20 und 1921/22 sowie die Große Koalition (einschließlich nationalliberaler Deutscher Volkspartei – DVP) 1923 noch breite, teilweise sogar verfassungsändernde Mehrheiten, so bestanden ab 1925 nur Minderheits- oder ‚hinkende‘, jederzeit vom Fehlen einiger Stimmen bedrohte Mehrheitskabinette.

Unter den Parteien der bürgerlichen Rechten war die DVP wirtschaftsliberal, nationalistisch, für eine scharfe Abgrenzung zur Sozialdemokratie, in der Frage des Staatsform offen gegenüber allen Optionen. Sie besaß einen starken, finanzkräftigen Rückhalt bei der Schwerin-

dustrie. Die traditionellen Konservativen, vertreten durch die Deutschnationale Volkspartei (DNVP), traten für eine modifizierte Restauration der untergegangenen monarchischen Ordnung ein. Die DNVP war die Partei des ostelbischen Großgrundbesitzes und des äußersten rechten Flügels der Schwerindustrie. Die extreme Rechte, ‚konservative Revolutionäre‘ und Nationalsozialisten, redete einer radikalen Abkehr von bürgerlichem Liberalismus und westlicher Demokratie das Wort, beschwor die ‚Volksgemeinschaft‘, die Unterordnung des einzelnen unter die Interessen der geeinten Nation, die Autorität der Führerentscheidung. Beide Strömungen vertraten einen aggressiven Nationalismus, der zunächst eine nach innen gewandte Stoßrichtung hatte – gegen die Linke, der sie vorwarfen, für die Niederlage von 1918 verantwortlich zu sein. Was die Nationalsozialisten von den ‚konservativen Revolutionären‘ unterschied, war vor allem ihre populistische Ausrichtung, die totalitäre Konsequenz und der radikale Antisemitismus.

Der Untergang der Demokratie

Die Zerstörung der Weimarer Republik begann bereits vor dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise. Drei Zäsuren lassen sich feststellen: Hindenburgs Wahl zum Reichspräsidenten 1925, der Übergang aus dem Parlamentarismus in ein Präsidialregime 1930 und das Einmünden von Wahlerfolgen der NSDAP in deren ‚Führerstaat‘.

Die Wahl Hindenburgs zum Nachfolger Eberts im April 1925, also in der Phase der scheinbaren Konsolidierung der Republik, war ein Volksentscheid gegen die bestehende parlamentarische Demokratie und bedeutete "einen stillen Verfassungswandel, eine konservative Umgründung der Republik". (S. 461) Die Position der altpreußischen Führungsschichten erfuhr eine wesentliche Stärkung: Militärs und Großgrundbesitzer

verfügten fortan wieder über einen unmittelbaren Zugang zum Staatsoberhaupt, dem in Krisenzeiten die Rolle des eigentlichen Machthabers zufiel.

Die Basis aus moderatem Bürgertum und gemäßigter Arbeiterschaft, auf der die Republik ruhte, wurde immer schmaler. Während sich im linken Spektrum die Kluft zwischen SPD und linksradikaler KPD vertiefte, begann 1928 "der Abschied maßgebender Kräfte sämtlicher ‚Bürgerblock‘-Parteien (Zentrum, DVP, DNVP, Bayerische Volkspartei, Anm. St. K.) aus der bestehenden Verfassungsordnung".² Im Spektrum der äußersten Rechten formierten sich im Juli 1928 DNVP, Alldeutscher Verband, Stahlhelm und NSDAP zur ‚nationalen Opposition‘ gegen den Young-Plan. Hitler war auf dem besten Wege, von der ‚guten Gesellschaft‘ als Bündnispartner anerkannt zu werden, wichtige Gruppen der traditionellen Rechten rechneten mit ihm und ließen ihn an Geldmitteln teilhaben, die dem weiteren Aufstieg der NSDAP zugute kamen.

Mit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Depression im Laufe des Jahres 1929 spitzte sich die Krise der parlamentarischen Demokratie zu. Die mächtigsten Interessenverbände – Reichsverband der Deutschen Industrie und Reichslandbund – einerseits sowie Reichswehrminister Groener und General Schleicher im Zusammenwirken mit der Kamarilla um den Reichspräsidenten andererseits arbeiteten auf eine Regierung ohne Sozialdemokraten, also auf ein Präsidialsystem, basierend auf den Ausnahmevollmachten des Reichspräsidenten, hin. Kurzfristiges Ziel war eine Wende in der Sozialpolitik zu Lasten der Beschäftigten und der Arbeitslosen.

Ende März 1930 vollzog Hindenburg im Konflikt um die Hilfsmaßnahmen für die ostelbische Landwirtschaft den Übergang zum Präsidialsystem (Kabinett Brüning). Dies bedeutete das Ende der parlamentarischen Demokratie.

Die Reichstagswahlen vom September 1930, die den Nationalsozialisten

hohe Stimmenzuwächse brachten, besiegelten den Niedergang des bürgerlichen Liberalismus in der Weimarer Republik. Auf die Abwanderung eines Großteils ihrer Wähler nach rechts reagierten sowohl DVP als auch DDP mit einer Umorientierung dorthin.

Ende Mai 1932 beschlossen Hindenburg und sein Kreis, jede Rücksichtnahme auf die das Kabinett Brüning tolerierenden Sozialdemokraten zu beenden und den Nationalsozialisten weiter entgegenzukommen. Mit dem Sturz Brünings und der Einsetzung von Papens ‚Kabinett der Barone‘ begann die zweite, autoritäre und offen antiparlamentarische Phase des Präsidialsystems. "Reichswehrführung und Rittergutsbesitzer, die den Regimewechsel herbeigeführt hatten, wollten die Nationalsozialisten gewissermaßen als Juniorpartner engagieren – nicht um sie herrschen zu lassen, sondern um sie in einen Rückhalt ihrer eigenen Herrschaft zu verwandeln." (S. 510) Sie hofften, die NSDAP werde der autoritären Politik eine populäre Basis verschaffen.

Wie das Experiment ausging, ist bekannt. Doch Winkler hält ausdrücklich fest, daß Hitlers Ernennung zum Reichskanzler kein unausweichlicher Ausgang der Staatskrise war. Nichts zwang den Reichspräsidenten zu diesem Schritt; Hitler war zwar Führer der stärksten Partei, aber eine Mehrheit im Reichstag gab es für ihn nicht. Der diesbezügliche Druck auf Hindenburg kam aus der ostelbischen Großlandwirtschaft, vom rechten Flügel der Schwerindustrie und aus der Kamarilla. "Der 30. Januar 1933 war also weder ein zwangsläufiges Ergebnis der vorangegangenen politischen Entwicklung noch ein Zufall." (S. 550) Erst durch den Willen Hindenburgs und des Milieus, das er verkörperte, wurde Hitler Kanzler.

Die lange Vorgeschichte der politischen Stärke der traditionellen preußischen Herrschaftseliten noch in der Weimarer Republik sowie des Zulaufs bür-

gerlicher Wähler zur ultranationalistischen, antisemitischen und totalitären Rechten wird von Winkler in diesem Werk eindrucksvoll dargelegt. Seine These, daß der Mythos vom ‚Reich‘ zur wichtigsten Brücke zwischen Hitler und großen Teilen des gebildeten Deutschland wurde, ist allerdings anhand des vorliegenden Textes kaum nachvollziehbar.

Das Buch ist in nüchternem Stil, aber zugleich spannend geschrieben, viele Originalzitate untermauern die Darstellung. Der Autor sieht „in der Erzählung keinen Gegensatz zur Erklärung, sondern deren angemessene Form“. (S. 3)

Mit großer Vorfreude kann dem Erscheinen des zweiten Bandes entgegengesehen werden.

Stefanie Kleinthaler

Anmerkungen

¹ Siehe die Besprechung des dritten Bandes ‚1849-1914. Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges‘ in: *Wirtschaft und Gesellschaft* 22/2 (1996) 288-294.

² Lehnert, Detlef, *Die Weimarer Republik. Parteienstaat und Massengesellschaft* (Stuttgart 1999) 181.